

011 K 009/22



AMTSGERICHT WIPPERFÜRTH

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, den 24.04.2024 um 9 Uhr,
im Gerichtsgebäude Wipperfürth, Gaulstr. 22, Erdgeschoss, Saal 2**

der im Grundbuch von Breidenbach Blatt 1043 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz

Lfd.Nr.: Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

- 1 Gemarkung Breidenbach, Flur 4, Flurstück 1069, Gebäude- und Freifläche, Müllersommer 12, 1589 qm

versteigert werden.

Bei dem Objekt handelt es sich um ein Wohnhaus mit 2 Wohnungen sowie augenscheinlich 2 Garagen und Nebenräumen im Untergeschoss. Die Wohnfläche von ca. 208 qm verteilt sich voraussichtlich auf eine Wohnung mit ca. 90 qm und eine weitere Wohnung mit ca. 118 qm. Eine Innenbesichtigung hat nicht stattgefunden. Die Wohnungen sind zusammen vermietet.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 05.05.2022 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 209.000,00 EUR.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mit haftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Wipperfürth, 11.12.2023